

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Karl Freller, Markus Blume, Dr. Otto Hünnerkopf, Johannes Hintersberger, Alexander König, Christa Matschl, Martin Neumeyer, Reinhard Pachner, Christa Stewens, Sylvia Stierstorfer, Dr. Thomas Zimmermann** und Fraktion (CSU),

Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver Kirschner, Julika Sandt, Dr. Annette Bulfon und Fraktion (FDP)

Anpassung der Deckungsvorsorge bei nuklearen Unfällen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei der Novelle des Atomgesetzes auch eine Erhöhung der Deckungsvorsorge auf Basis einer veränderten Risiko- und Sicherheitseinschätzung durch die Reaktorsicherheitskommission geprüft werden soll.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene eine Fortentwicklung der einschlägigen völkerrechtlichen Verträge im Bereich des internationalen Atomhaftungsrechts (Pariser Übereinkommen, Brüsseler Zusatzübereinkommen, Wiener Übereinkommen) anstrebt.

Begründung:

Die Reaktorsicherheitskommission ist dabei, eine technische Überprüfung der 17 deutschen Atomkraftwerke durchzuführen. Nach Vorliegen des Abschlussberichts mit den entsprechenden Empfehlungen ist es sachgerecht, der veränderten Risiko- und Sicherheitseinschätzungen auch mit einer Anpassung der Deckungsvorsorge für mögliche Unfälle Rechnung zu tragen.

Unabhängig davon besteht auch auf europäischer Ebene Handlungsbedarf. Die unilaterale Erhöhung der Deckungsvorsorge allein in Deutschland, die im Übrigen die weltweit zweithöchsten Summen vorsieht, bleibt auf Unfälle in Deutschland beschränkt. Angesichts des unveränderten Festhaltens europäischer Nachbarstaaten an der Kernkraft, die im Gegensatz zum deutschen Konsens einer zu realisierenden Abkehr von der nuklearen Energieerzeugung steht, ist hier jedoch dringend ein multilaterales Vorgehen angezeigt, da nicht auszuschließen ist, dass durch Unfälle in ausländischen Anlagen auch die deutsche Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird.